Fall Petschek ein Skandal des Kapitalismus

Dresden, 29. November.

Tatsache, daß der skrupellose Ignaz Petschek sich in Jahren überragenden Einfluß auf Braunkohlen- n und -absatz in Deutschland verschaffte, ist nicht seiner Rassenzugehörigkeit oder tschechischen Staatsangehörig- schreiben, sondern seinen kapitalistischen „Fähigkeiten". s „weit gebracht", dieser Braunkohlenkönig, ebenso weit ssen, Krupp, Borsig oder Emil Kirdorff. Petschek ist st und hat als solcher verstanden, mit Hilfe kapita- Methoden gewaltige Produktionsmittel in Deutschland u reißen.

Angaben über seinen Einfluß sind widersprechend. Tat- aber, daß er beherrschend im Ilsekonzern, dem die Senf- er Gruben und Werminghoff angehören, im Bornaer ohlenrevier über 50 Prozent, im mitteldeutschen Gebiet Hälfte der ganzen Braunkohle besitzt und daß er am hein ebenfalls Fuß zu fassen vermochte. Das Ostelbische ohlensyndikat wird von ihm beherrscht und außerdem hat h die „Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft" einen großen pparat geschaffen. Die Manipulationen, mit Hilfe derer k besonders die „Ilse" an sich gerissen hat, waren Anlaß m Prozeß, den die Minderheit der Aktionäre anstrengte. wir leben im kapitalistischen Deutschland und da ist der lack maßgebend, nicht das „Recht".

ieser Fall des Kapitalismus, der, um es nochmals zu be- kein besonderer Fall Petschek ist, wurde im Sächsischen ag aufgezogen durch Anfragen der Deutschnationalen, Na- lozialisten und Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten isierten gegen den „tschechischen Juden" und verlangten bung des Staatsvertrages zwischen Deutschland und der hoslowakei, wonach die Staatsangehörigen im Lande des agskontrahenten steuerfrei sind. Die „Enthüllungen" Kil- gers im Sächsischen Landtag sind aber alltägliche Erschei- en. Die großen Kapitalisten haben sämtlich ihre Ver- nsmänner in den Regierungen und versuchen, durch ihren ischen Einfluß ihr „Geschäftsglück zu verbessern". Das, und s anderes, sind doch nur die Aufgaben der kapitalistischen ierungen. Einige Tatsachen beweisen diese Feststellung. ldenhauer war der Vertrauensmann des Farbentrusts, iele ist der der Junker, Hilferding der des Reemtsma- erns und Brüning ist verbunden mit den Kreisen um ckner-Thyssen und besorgt gleichzeitig die Geschäfte des ostes, der bekanntlich auch einige Millionen aus dem Staats- el verdient mit den Messen, die seine Knaben im schwarzen k zelebrieren. Daß nun diese geschäftlichen Transaktionen o komplizierter sind, wie hier nur allgemein geschildert, ändert nts daran, daß es das von uns aufgezeigte Prinzip ist, das schäftsprinzip aller Kapitalisten.

Diese wechselseitigen Beziehungen zwischen Geschäft und Po- ik machen nicht vor den Landesgrenzen halt. Im Gegenteil, e werden bekanntlich von den großen Kapitalschiebern auch ternational auf das eifrigste praktiziert. In dem Prozeß gegen tinnes, der ja bekanntlich vom „Völkischen Beobachter" so arm als „aufrechter" Kapitalist verteidigt wurde, kam diese taxis anschaulich an den Tag, und der bevorstehende Prozeß gen einige Direktoren der Deutschen Bank wird, wenn es nicht lingt, hinter den Kulissen die Angelegenheit zu „erledigen", nen wahren Blütenstrauß dieser Manipulationen zutage för- ern. Nebenbei sei erwähnt, daß selbst der kleine Nazi-Feder,

Antifaschistischer Aufmarsch in Dorfhain

Sonntag marschieren die Arbeiter aus dem Industriegebiet Freital und Freiberg zu einer Kampfdemonstration gegen den Faschismus in Dorfhain auf. Der Aufmarsch beginnt

15 Uhr am Gasthof Dorfhain.

Es wird sprechen Genosse Walter Voigt.

M. d. R., es verstand, seine 40 000 Goldmark in Sicherheit zu bringen, ehe er sein Gesetz gegen Kapitalverschiebung verkündete. Wiederum: man sieht, es ist der Kapitalismus in seiner ganzen „Schönheit", den Killinger im Fall Petschek enthüllte. Nichts anderes. Und wenn man, wie die Nazis, den Kapitalismus verteidigt, kann man Petschek nicht bekämpfen.

Killinger hat Forderungen im Namen seiner Fraktion erhoben, die diese Feststellungen bestätigen. Die NSDAP verlangt von der Reichsregierung, der politischen Vertretung des deutschen Finanzkapitalismus, daß sie den Staatsvertrag mit der Tschechoslowakei aufhebt. Gesetzt den Fall, das würde eintreten. Dann müßte Petschek in Deutschland einige Steuern zahlen und — bliebe der Kohlenkönig, der die Kumpels ausmergelt und durch den Ausbau seines Verkaufsnetzes weiter die kleinen Kohlenhändler „abgast". Nein! Die Herren von der NSDAP sind zweifellos gute Landsknechte des Finanzkapitals, die willig den Terror gegen die revolutionären Arbeiter organisieren, aber schlechte Propheten. Sie zeigen einen falschen Weg und wollen nur die Opfer der Petscheks betrügen. Nichts mehr!

Und die Herren von der SPD? Kautsch sagte im Sächsischen Landtag, diese aufgezeigten Handlangerdienste der Regierungsparteien und des Wirtschaftsparteilers Weber für Petschek seien noch gar nichts. Es lägen noch „ganz andere Dinge" vor. Man sieht, die SPD verwendet diese Dinge nur als Druckmittel gegen die korrumpierten bürgerlichen Parteien, um — selber mit „ins Geschäft", also in die Regierungs- und Staatsfutterkrippen zu kommen.

Für die Arbeiter ist die Behandlung dieses Korruptionsskandals im Sächsischen Landtag ein Symptom dafür, wie sich die Herrschaften im kapitalistischen Lager verzankt haben. Die sich verschärfende ökonomische Krise verschärft auch die politische Krise. Die großen Haifische und ihre Knechte zanken sich immer heftiger um die schmäler werdende Beute, die sie aus den Massen herauspressen. Die gegenseitigen Beschuldigungen ihrer Korruption sind das politische Kampfmittel der herrschenden Klasse. Wahrlich, die Worte Lenins werden täglich bestätigt: Der monopolistische Kapitalismus verfault buchstäblich. Er ist nur noch ein stinkender Pfuhl. Den gilt es zu beseitigen! Je eher, um so besser. Die politische Krise des Kapitalismus muß in den Reihen des klassenbewußten Proletariats mit der energischen Bildung der einheitlichen Klassenfront, mit der Stärkung der Kommunistischen Partei und der Organisierung großer Massenkämpfe beantwortet werden. Für jeden Arbeiter, jede Arbeiterin und alle Werktätigen muß jetzt die Losung sein: Gebt dem verfaulten System den Rest, kämpft unter dem Banner der KPD für eine Sowjetmacht!

Witterungsaussichten für Sonntag den 30. November. Meist schwache Winde südlicher Richtungen. Vorwiegend schwach bewölkt. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Unbeträchtliche Niederschläge.

Neuer Anschlag

Gegen die Saison-Arbeitslosen

Nochmaliger Abbau der Hungerunterstützung / Alarmiert die Betriebe und Stempelstellen! / Rüstet zum Hungermarsch am 3. Dezember

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung plant jetzt, die Unterstützung für die berufsfremden Arbeitslosen noch weiter herabzusetzen. Bekanntlich hat Wissell während der Regierungszeit der Müller-Regierung eine gesonderte Saison-Arbeitsunterstützung eingeführt, um die Unterstützung zu senken. Diese Wissellsche Regelung wurde abgelöst durch die Brüning-Verordnung, in der bestimmt wird, daß in den Lohnklassen 7 bis 11 nur dann die volle Unterstützung gezahlt wird, wenn der Arbeitslose innerhalb 18 Monaten ein volles Jahr versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen kann, ohne daß die Beschäftigung durch Unterstützungsbezug unterbrochen wurde. Alle anderen Arbeitslosen, die diesen

Was für Riesengehälter gezahlt werden in Young-Deutschland, bringen wir in unserer Montagausgabe.

Nachweis nicht erbringen konnten, und das sind gerade die Saison-Arbeiter, erhielten eine bedeutend niedrigere Unterstützung. Diese Verschlechterung wollte man damals damit schmackhaft machen, daß gesagt wurde, daß nun die Wissellsche Sonderregelung aufgehoben sei. Aber jetzt will man diese, von Wissell erfundene Sonderregelung für Saisonarbeitslose wieder einführen, d. h. durch die Brüning-Verordnung gekürzte Unterstützungssätze für Saison-Arbeitslose nochmal kürzen.

Das Auftauchen dieses Planes bedeutet Alarm für die Arbeitslosen. Es darf nicht geduldet werden, daß die erbärmliche Arbeitslosenunterstützung noch mehr gekürzt wird. Durch das ganze Land muß eine solche Welle des Protestes gehen, daß es der Vorstand der Reichsanstalt und die Brüning-Regierung nicht wagen können, ihren schändlichen Plan durchzuführen. In allen Betrieben und Stempelstellen muß der Hungermarsch für den 3. Dezember vorbereitet werden.

So wollen sie euch aushungern!

Berlin, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Freitagsitzung des Haushaltausschusses im Reichstag brachte die Entscheidung über den kommunistischen Antrag auf Bewilligung einer Winterbeihilfe für Erwerbslose, Sozialrentner, sowie alle Fürsorgeberechtigten. Für die Sozialdemokratie erklärte die Abgeordnete Schröder, daß sie sich gegen einen solchen Antrag wende, da sie aus „grundsätzlichen" Erwägungen (!) eine einmalige Winterbeihilfe ablehne. Als die Nationalsozialisten durch die Haltung der SPD Gewißheit hatten, daß der Antrag abgelehnt würde, erklärten sie frech, daß sie „selbstverständlich" dem Antrag der Kommunisten ihre Zustimmung geben würden. Sie mußten sich sagen lassen, daß ihre Zustimmung nur demagogischen Erwägungen entspringt; denn in Braunschweig und in Thüringen, wo sie verantwortlich in der Regierung sitzen, haben die Nationalsozialisten die Gewährung der Winterbeihilfe verhindert. Für die Regierung erklärte Dietrich, daß nach dem kommunistischen Antrag 11½ Millionen unterstützt werden müßten und die Gesamtsumme 351 Millionen Mark erforderlich mache. Die Kommunisten erwiderten ihm, daß dies für eine Regierung, die Hunderte von Millionen für Panzerkreuzer, Rüstungsausgaben und die Agrarier ausgibt, keine Begründung gegen den Antrag ist. Das christliche Zentrum erklärte selbstverständlich von vornherein, daß es dagegen stimmen würde. Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag mit 19:12 abgelehnt. Da die SPD über 9 Sitze verfügt, wäre der Antrag angenommen worden, wenn sie dafür gestimmt hätte.

SPD und Nazis Arm in Arm

Im Thüringer Landtag hatte die kommunistische Fraktion eine Reihe Anträge auf Winterbeihilfe für Erwerbslose und Sozialrentner gestellt. Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag, der 30 Mark für Verheiratete, 20 Mark für Ledige und 5 Mark für Zuschlagsempfänger vorsieht, von sämtlichen Regierungsparteien einschließlich der Nazis bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten abgelehnt.

In Halle und in München haben die Nationalsozialisten in Einheitsfront mit den Sozialdemokraten die kommunistischen Anträge auf Winterbeihilfe abgelehnt. Es ist notwendig, dies allen Arbeitern zu sagen, damit es diesen Volksbetrügern nicht mehr länger gelingt, ehrliche Proleten irrezuführen. Für die Erwerbslosen allein kämpft nur die Kommunistische Partei und die RGO.

Lohnraub und Steuerwucher!

Immer tollere Angriffe auf die Arbeiter mit Schlichtungsguillotine und Diktatur

Essen, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Zechenverband hat die bestehenden Lohn- und Gehaltstarife für den Bereich der rheinisch-westfälischen Steinkohlenreviere für den 31. 12. 1930 gekündigt.

Der Schiedsspruch über das Arbeitszeitabkommen für die Ruhrbergarbeiter wurde vom Zentrumsminister Stegerwald verbindlich erklärt.

Die Spediteure Dresdens haben das Gehaltsabkommen für die Angestellten zum 31. Dezember gekündigt. Es wird eine Gehaltssenkung gefordert.

Der Metallarbeitertarif für das Industriegebiet Halle wurde von den Industriellen zum 31. Dezember gekündigt. Auch dort sollen die Löhne gesenkt werden.

Metallarbeiter Sachsens, Angriff!

Am Donnerstag fanden in Berlin die Nachverhandlungen über den Tarif für die sächsische Metallindustrie statt. Die Gewerkschaftsbürokratie schweigt zu dem Ergebnis. Sie behält ihre Weisheit für sich und bestätigt durch ihre Haltung, daß sie unter allen Umständen bemüht ist, den Metallindustriellen beim Lohnraub behilflich zu sein.

Die sächsischen Metallarbeiter dürfen sich nicht länger hinhalten lassen. Jetzt gilt es, zum Angriff zu rüsten und Kampfleitungen zu bilden.

*

Für die Geraer Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine sofortige Kürzung der Löhne um 2 Prozent und ab 1. Februar 1931 eine weitere Kürzung von 5 Prozent vorsieht.

So antworten die Proleten!

Die am 26. November auf Zeche „Eischweiler Reserve" stattgefundene Betriebsratswahl hat einen überwältigenden Sieg der RGO gebracht. Bei einer Gesamtbelegschaft von 2375 Kumpels und einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent ist das Ergebnis folgendes:

RGO	873	(im März 1930 371)
SPD-Liste . .	777	(im Vorjahre 1252)
Christen . . .	341	(im Vorjahre 477)

Die Bergarbeiter der Zeche Schweiler Reserve haben mit den sozialdemokratischen und christlichen Betriebsräten, die rücksichtslos die Politik der Brüning-Regierung unterstützen, gründlich abgerechnet. Das Resultat dieser Wahl ist ein guter Auftakt für die kommenden allgemeinen Betriebsrätewahlen.

Eine Belegschaftsversammlung des Digiwerkes in Eisenach hat einen vorbereitenden Kampfausschuß zur Organisierung des Streiks gegen den Lohnraub gewählt.

Vor einem Streik der Dresdner Kraftdroschkenfahrer

Die Dresdner Kraftdroschkenbesitzer haben heute vormittag sämtlichen Kraftdroschkenführern die Kündigung zugestellt und ihnen einen Revers zur Unterschrift vorgelegt, der einen starken Lohnabbau festlegt. Die Kraftdroschkenführer müssen diesen Lohnraub mit dem sofortigen Streik beantworten.

Steuereintreiben verboten!

Die KPD-Fraktion beantragte, ein Gesetz zu beschließen, nach dem die Einhebung der Diktatursteuern verboten wird. Der Wortlaut des Entwurfes ist:

„Artikel 1. Kopfsteuer irgendwelcher Art (Negersteuer, Kopfsteuer, Bürgerabgabe, Einwohnersteuer und ähnliche) dürfen im Gebiet des Deutschen Reiches nicht erhoben werden.
Artikel 2. Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft."

*

Nach Kottbus ist ein Regierungskommissar entsandt worden, um die von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnte Negersteuer zu erheben.

Frankfurt a. d. O., 29. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach Ablehnung der Diktatursteuern durch die Stadtverordnetenversammlung hat die Bezirksregierung diese Steuern von sich aus festgesetzt.

Die Jugend zu uns!

Berlin, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.)

In den letzten Tagen sind in Berlin 300 Mitglieder der SAJ ausgetreten. Davon sind bereits über 50 in den Kommunistischen Jugendverband eingetreten.

Hitler frühstückt wieder

Diesmal mit den großen Reedern

Berlin, 29. November.

Die bürgerliche Presse berichtet, daß Hitler an einem Festessen im Hamburger Nationalklub am Montag teilnehmen wird. Diesem „Nationalklub" gehören im wesentlichen die Hamburger Pfeffersäcke und Reeder an, eine seriöse Gesellschaft, die ihren Profit aus den Geschäften zieht, die sie gemeinsam mit dem Weltkapital auf Kosten des werktätigen Deutschlands macht. Der Vorsitzende dieser illustren Gesellschaft ist Herr Cuno, Generaldirektor der Harriman-Hamburg-Amerika-Linie, der für seine „Arbeit" das niedliche Gehalt von 600 000 Mark im Jahre bezieht.

Diese Herrschaften stehen in engster freundschaftlicher und geschäftlicher Verbindung mit den Hintermännern der Weltpresse Englands und Amerikas, in der bekanntlich Hitler für 1 Dollar pro Wort beteuerte, die NSDAP werde als Regierungspartei alle Verpflichtungen Deutschlands gewissenhaft und pünktlich erfüllen.

Erst kürzlich speiste Adolfchen aus den Töpfen des Direktors von Stauß von der De-Di-Bank und jetzt mit den engsten Freunden der Nutznießer aus den Youngtributen. Aber er ist ja nicht der erste, der die Erstgeburt um eine Schüssel Linsen verkaufte. Seine Anhänger aber, die durch die NSDAP eine Rettung von den Young-Fronvögten erhofften, müssen immer wieder sehen, wie eng Hitler mit den erbittertsten Feinden der Werktätigen verbunden ist. Die Front Hitler-von-Stauß-Cuno-Lord-Rothermere-Young kann nur durch die soziale Revolution niedergerungen werden.

Wieder zwei Arbeiter von Faschisten ermordet

Plauen, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.)

In der vergangenen Nacht wurden in Plauen 2 Arbeiter von Nationalsozialisten angeschossen. Sie wurden schwerverletzt ins Krankenhaus transportiert. An dem Aufkommen der beiden Gemeuchelten wird gezweifelt. Die Kommunistische Partei ruft heute abend in Plauen zu einer großen Massenkundgebung gegen die bewaffneten Horden der Mutschmann, Hitler und ihrer finanzkapitalistischen Hintermänner auf.